

Protokoll:	Gemeinderat der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrift Nr.	308
		TOP:	15
	Verhandlung	Drucksache:	805/2018
		GZ:	AKR 4233-00
Sitzungstermin:	20.12.2018		
Sitzungsart:	öffentlich		
Vorsitz:	OB Kuhn		
Berichterstattung:			
Protokollführung:	Herr Häbe / pö		
Betreff:	Stellenplanrelevante Entscheidungen im Vorgriff auf den Stellenplan 2020/2021 aufgrund aktueller Entwicklungen im Flüchtlingsbereich - geschäftskreisübergreifend		

Vorgang: Verwaltungsausschuss vom 19.12.2018, öffentlich, Nr. 512
Ergebnis: einmütige Zustimmung

Beratungsunterlage ist die Vorlage des Referats Allgemeine Verwaltung, Kultur und Recht vom 16.11.2018, GRDRs 805/2018, mit folgendem

Beschlussantrag:

Der Gemeinderat hat seit 2015 für verschiedene Ämter zusätzliche Personalkapazitäten für den Flüchtlingsbereich beschlossen. Aufgrund der aktuellen Entwicklungen ergeben sich folgende Veränderungen (Stellenstreichungen, Ermächtigung zur Beschäftigung von Personal außerhalb des Stellenplans, Verlängerung von Stellenplanvermerken) bei den Personalbedarfen folgender mit Flüchtlingsthemen befassten Ämter:

1. Amt für Liegenschaften und Wohnen – 23:
Ermächtigung zur Beschäftigung von Personal außerhalb des Stellenplans im Umfang von 0,50 VZK in EG 8 für das Jahr 2019 für die Aufgabe "Erteilung von Wohnberechtigungsscheinen" (Anlage 1)
(Ermächtigung für 2018: 0,50 VZK)
2. Jobcenter – 29:
 - 2.1. Reduzierung der dauerhaften Ermächtigung zur Beschäftigung von Personal außerhalb des Stellenplans von 51,00 auf 36,12 VZK für die Betreuung von

erwerbsfähigen Leistungsberechtigten und Bedarfsgemeinschaften (2,0 Sachgebietsleitungen EG 11, 5,0 SB Qualifizierte Information EG 6, 15,32 Persönliche Ansprechpartner/-innen EG 10 sowie 13,80 SB Leistungsgewährung EG 9c)

(dauerhafte Ermächtigungen derzeit: 51,00 VZK) (Anlage 2)

- 2.2. Verlängerung des Vermerks "kw 01/2019" auf "kw 01/2020" an einer 0,6-Stelle für eine/n persönliche/n Ansprechpartner/-in NIFA "Netzwerk zur Integration von Flüchtlingen in Arbeit" (Anlage 3)

3. Amt für öffentliche Ordnung – 32:

3.1. Ermächtigungen zur Beschäftigung von Personal außerhalb des Stellenplans im Umfang von 6,80 VZK in EG 9a für das Jahr 2019 für die Sachbearbeitung von humanitären Aufenthaltstiteln in der Ausländerbehörde (Anlage 5)

(Ermächtigung für 2018: 6,00 VZK)

3.2. Ermächtigungen zur Beschäftigung von Personal außerhalb des Stellenplans im Umfang von 2,00 VZK in EG 9a für das Jahr 2019 für die Erteilung von Wohnsitzauflagen für Flüchtlinge mit humanitären Aufenthaltstiteln in der Ausländerbehörde (Anlage 6)

(Ermächtigung für 2018: 2,00 VZK)

3.3. Ermächtigungen zur Beschäftigung von Personal außerhalb des Stellenplans im Umfang von 2,0 VZK in EG 9a für das Jahr 2019 für die Sachbearbeitung Familiennachzug zu subsidiär Schutzberechtigten (Anlage 7)

(Ermächtigungen für 2018: -)

4. Sozialamt – 50:

4.1. Anbringen von kw-Vermerken 01/2021 an 3,10 Stellen im Vorgriff auf den Stellenplan 2020 im Bereich Zentrale Verwaltung und Unterbringung von Flüchtlingen (Anlage 8)

4.2. Streichung von 1,20 Stellen im Vorgriff auf den Stellenplan 2020 sowie Wegfall von kw-Vermerken an 2,30 Stellen im Bereich Gewährung von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) (Anlage 9)

Die Einstellung von Personal erfolgt in zeitlicher Hinsicht entsprechend der tatsächlichen Entwicklung der Flüchtlingszahlen.

OB Kuhn stellt fest:

Der Gemeinderat beschließt ohne Aussprache einstimmig wie beantragt.

Zur Beurkundung

Häbe / pö

Verteiler:

- I. Referat AKR
zur Weiterbehandlung
Haupt- und Personalamt

- II. nachrichtlich an:
 1. Herrn Oberbürgermeister
 2. S/OB
 3. Referat WFB
Amt für Liegenschaften und Wohnen (2)
Stadtkämmerei (2)
 4. Referat SOS
Amt für öffentliche Ordnung
 5. Referat SI
Jobcenter
Sozialamt (2)
 6. GPR (2)
 7. Rechnungsprüfungsamt
 8. L/OB-K
 9. Hauptaktei

- III.
 1. CDU-Fraktion
 2. Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
 3. SPD-Fraktion
 4. Fraktionsgemeinschaft SÖS-LINKE-PluS (2)
 5. Fraktion Freie Wähler
 6. Gruppierung FDP
 7. Gruppierung BZS23
 8. Die STAdTISTEN
 9. AfD
 10. LKR